



**Zwischenbericht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im
Rechnungsjahr 2008
Mitteilungsvorlage**

Beschlussvorschlag:

Kein Beschluss vorgesehen.

Kosten/Finanzielle Auswirkungen:

--

Sachdarstellung/Begründung:

I. Kurzfassung

Die Verwaltung berichtet über die finanzielle Entwicklung im laufenden Haushaltsjahr 2008 (Stand 31.05.2008). Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsrechnung kann voraussichtlich mit einem ausgeglichenen Ergebnis im Verwaltungshaushalt gerechnet werden. Negativ beeinflusst wird der bisherige Haushaltsverlauf insbesondere durch die sich abzeichnenden Mehrausgaben bei der Jugendhilfe in Höhe von derzeit ca. 1,4 Mio. EUR.

II. Ausführliche Sachdarstellung

1. Einleitung

Die Entwicklung der wesentlichen Einnahmen und Ausgaben für den Zeitraum Januar bis Mai ist in der Anlage dargestellt. Dem Bericht liegt die Entwicklung der ersten fünf Monate zu Grunde. Es kann sich deshalb nur um eine erste Bewertung der Finanzsituation für das Haushaltsjahr 2008 handeln. Im Laufe des Jahres sind größere Abweichungen insbesondere bei den Sozialausgaben noch möglich.

2. Stand der Haushaltsrechnung

Nach dem Stand der Haushaltsrechnung Ende Mai 2008 ergeben sich folgende Tendenzen bei den wesentlichen Einnahmen und Ausgaben im laufenden Haushaltsjahr:

- **Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz**

In der Bekanntmachung des Finanzministeriums über die 2. Teilzahlung 2008 nach dem Finanzausgleichsgesetz wird der Kopfbetrag nach § 10 Abs. 2 FAG zur Ermittlung der Bedarfsmesszahlen der Landkreise mit 484 EUR angegeben. Bei der Haushaltsplanung für das Jahr 2008 ist die Verwaltung aufgrund einer früheren Mit-

teilung des Landes von einem Kopfbetrag in Höhe von 489 EUR ausgegangen. Bei den FAG-Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft ist deshalb mit Wenigereinnahmen von ca. 0,6 Mio. EUR zu rechnen.

- **Grunderwerbsteuer**

Nach einem zunächst überdurchschnittlichen Aufkommen in den ersten Monaten sind die Einnahmen inzwischen wieder deutlich rückläufig. Mehreinnahmen können nach dem derzeitigen Stand nicht prognostiziert werden.

- **Verwaltungsgebühren, Bußgelder**

Nach dem bisherigen Verlauf wird der Haushaltsansatz von 4,6 Mio. EUR bei den Verwaltungsgebühren mit ca. 4,2 Mio. EUR (2007: 4,0 Mio. EUR) erneut unterschritten. Bei den Bußgeldern wird der Haushaltsansatz von 1,0 Mio. EUR voraussichtlich erreicht.

- **Personalausgaben**

Der Sammelnachweis für Personalausgaben mit einem Haushaltsansatz von 35,7 Mio. EUR wird voraussichtlich um ca. 0,3 Mio. EUR überschritten. Hier führt der Tarifabschluss für die Beschäftigten im Bereich des TVÖD zu Mehrausgaben, die bei der Haushaltsplanung 2008 nicht absehbar waren.

- **Sozialausgaben**

Nach dem derzeitigen Stand werden bei den Leistungen im sozialen Bereich voraussichtlich beim Zuschussbedarf Wenigerausgaben von ca. 1,4 Mio. EUR entstehen. In den einzelnen Bereichen ergibt sich folgende Situation:

- **Abschnitt 41 – Sozialhilfe, Grundsicherung, Eingliederungshilfe**

Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt werden nach wie vor Einnahmen (Unterhaltszahlungen, Rückforderungen, Kostenersätze) aus den früheren Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz erzielt. Die Fallzahlen und damit auch die Ausgaben sind rückläufig. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Hilfe zur Pflege entwickeln sich weitgehend plangemäß. Nach wie vor schwierig ist eine Hochrechnung im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Wesentliche Ausgabenpositionen wie die Sozialversicherungsbeiträge in Werkstätten oder Fahrtkosten werden zeitverzögert abgerechnet. Insgesamt wird damit gerechnet, dass der Zuschussbedarf um ca. 1,1 Mio. EUR unter dem Planansatz liegen wird.

- **Abschnitt 42 – Asylbewerberleistungsgesetz**

Eine zuverlässige Hochrechnung wird dadurch erschwert, dass die Kostenbeteiligung des Landes pauschal und nicht auf ein Kalenderjahr bezogen eingeht. Der Zuschussbedarf wird voraussichtlich um ca. 0,6 Mio. EUR unter dem Planansatz liegen.

- **Abschnitt 45 – Jugendhilfe**

Dem Jugendhilfeausschuss wurde in seiner öffentlichen Sitzung am 14. April 2008 über die Zunahme von gemeldeten Kinderschutzfällen bereits im Jahr 2007 berichtet. Diese Meldungen ziehen dann auch häufig ambulante oder sogar stationäre Hilfen nach sich. Diese Entwicklung setzt sich 2008 fort. Zum

einen zeigt dies, dass die Maßnahmen des Landkreises zur Einleitung früher Hilfen und zum Kinderschutz greifen. Zum anderen sind damit Mehrausgaben verbunden, die nicht mehr aufgefangen werden können. Die Ausgabenentwicklung in den ersten fünf Monaten geht deutlich nach oben. Eine Entwicklung, die in anderen Landkreisen ähnlich ist. Der Planansatz wird voraussichtlich um ca. 1,4 Mio. EUR überschritten.

- **Abschnitt 48 – Leistungen nach dem SGBII**

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften liegt weiterhin auf einem, im Vergleich zu früheren Jahren, niedrigen Niveau. Derzeit wird von einer Unterschreitung des Planansatzes um ca. 1 Mio. EUR ausgegangen. Ein erhebliches Planungsrisiko besteht allerdings in den noch zu erwartenden deutlichen Nachzahlungen bei Heizkostenabrechnungen und Brennstoffbeihilfen.

3. Vorausschau

Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsrechnung (Ende Mai 2008) kann im Verwaltungshaushalt voraussichtlich mit einem weitgehend ausgeglichenen Ergebnis gerechnet werden, wie die beiliegende Übersicht zeigt. Die Basis von fünf Monaten ist für eine Jahresprognose jedoch sehr schmal, deshalb ist die prognostizierte finanzielle Entwicklung mit Vorbehalt zu beurteilen.